



ASIEN/IRAK - Treffen der Bischöfe mit dem Ministerpräsidenten: Sicherheit ist Priorität

Bagdad (Fidesdienst) – Sicherheit, Solidarität, Engagement beim Wiederaufbau des Landes im Zeichen des Wohlstands und des Friedens: diese Themen standen bei einer Krisensitzung im Mittelpunkt, die am heutigen 4. November in Bagdad stattfand und bei der sich der amtierende Premierminister Nuri al-Maliki mit einer Delegation zur Gesprächs traf, der Bischöfe und christliche Politiker aller Konfessionen angehörten. Wie ein Beobachter, der an der Krisensitzung teilnahm, dem Fidesdienst berichtet, äußerten sich die Bischöfe bestürzt im Hinblick auf das Attentat auf die christliche Glaubensgemeinschaft am Samstag, den 31. Oktober und erinnerten dabei daran, dass auch in den vergangenen Monaten im ganzen Land christliche Einrichtungen und Gläubige bedroht wurden und Aggressionen und Gewalt erleiden mussten. Die Delegation, der auch der chaldäische Erzbischof von Bagdad, Emmanuel Delly, brachte auch die eigene Sorge um die Zukunft des Landes zum Ausdruck und betonte, dass sich unter den Christen angesichts der prekären Lage zunehmend der Wunsch entstehe, das Land zu verlassen.

Der Ministerpräsident hatte unterdessen bereits gestern die Verletzten in einem Krankenhaus in Bagdad besucht und dabei versprochen, dass der Staat alles tun werde um Schutz und Hilfe zu garantieren. Dabei betonte er auch den kostbaren Beitrag der Christen des Landes. Umgehend sollen Sicherheitsmaßnahmen in der Umgebung von Kirchen und Klöstern verstärkt werden, vor allem zu Zeiten, in denen dort liturgische Feiern und Gebete stattfinden.

Am Samstag, den 6. November wird der Premierminister die syrisch-katholische Kathedrale in Bagdad besuchen und dort den Opfern des Attentats seine Ehre erweisen, um damit seine Verbundenheit mit der christlichen Glaubensgemeinschaft zum Ausdruck zu bringen und den Beitrag der Christen zur Gesellschaft zu würdigen, die sich seit jeher für das Wohl des Landes einsetzen.

Die Teilnehmer der Krisensitzung bekräftigten abschließen einstimmig, dass alle Komponenten des Landes – Politiker, Bürger und Religionsgemeinschaften – sich für den Schutz der christlichen Präsenz im Irak einsetzen werden müssen. (PA) (Fidesdienst, 04/11/2010)